

## **Der Minusmultiplikator: Im Teufelskreis des Staatsschuldenabbaus**

Die offizielle Finanzpolitik wird nicht nur in Deutschland und der EU durch einen einseitigen Schuldenreduktions-Fiskalismus beherrscht. Ohne den erforderlichen Gesamtblick auf die sozialen, ökonomischen und ökologischen Staatsaufgaben und deren seriöse Finanzierung durch eine gerechte Steuerpolitik wird die in der Tat rasant gestiegene Staatsverschuldung über die Kapitalmärkte monokausalistisch zur zentralen Ursache ökonomischer Fehlentwicklungen erklärt. Bei den dagegen gerichteten Maßnahmen zum Schuldenabbau spielen die sozial und gesamtwirtschaftlich belastenden Folgen keine Rolle. Dazu zwei ökonomisch völlig unterschiedliche Beispiele zur einseitigen Rechtfertigung des Schuldenabbaus: In Deutschland würde die investive Dynamik der Privatwirtschaft durch die staatliche Beanspruchung der Kapitalmärkte über zu hohe Zinssätze gebremst. Auch die Inflationsgefahr wird beschworen. Die Eurokrise sei im Kern auf zu hohe Staatsschulden, die durch verschwenderische Ausgabenexzesse zustande gekommen seien, zurückzuführen. Ja, über die ökonomische Kritik hinaus wird die Staatsschuldenexpansion als Problem mangelnder politischer Moral gescholten. Paul Krugmann hat auf den Zusammenhang von Moral und Sühne bei der Hilfe für sündige Krisenländer am Beispiel Griechenland hingewiesen: Die moralisch unverantwortlichen Ausgabenzuwächse, mit denen diese Gesellschaft über ihre Verhältnisse gelebt haben soll, müssten jetzt durch eine martialische Einsparpolitik vor allem im Sozialbereich gesühnt werden.

Mit dieser moralisierenden Schelte und den vermeintlich ökonomischen Rechtfertigungen werden die durch Fehlentwicklungen des Wirtschaftssystems ausgelösten Triebkräfte expandierender Staatsverschuldung ausgeblendet. Dazu wieder zwei Belege: In Deutschland haben sich die Staatsschulden zuerst durch die Finanzierung der deutschen Einigung seit Anfang der 1990er Jahre verdreifacht. War diese staatliche Finanzierung unmoralisch? Eher war es politisches Versagen, die deutsche Einigung nicht durch steuerpolitische Maßnahmen finanziert zu haben. Ein erneuter Verschuldungsschub wurde ab 2002 in Deutschland durch Steuerentlastungen für die Unternehmen, die nicht mit mehr an Investitionen und Arbeitsplätzen belohnt wurden, ausgelöst. Diese Erfahrung hat Peter Bofinger veranlasst, statt einer Schuldenbremse eine Steuersenkungsbremse zu fordern. Auch in der Eurozone zeigt sich, dass die Staatsschuldenkrise wenig mit exzessiver und moralisch unverantwortlicher Ausgabenpolitik der Regierungen zu tun hat. Der plötzliche Sprung bei der Staatsverschuldung seit 2008 im Euroland hat die heutigen Krisenländer gezwungen, als Reaktion auf die Finanz- und hier insbesondere die Bankenkrise Rettungsprogramme über öffentliche Kreditaufnahme zu finanzieren.

### ***Staatsschulden gesamtwirtschaftlich verorten***

Belehrt durch die Krisenauswirkungen lassen sich allmählich selbst durch die hartnäckigsten Verteidiger dieser Politik öffentlicher Einspardiktate die belastenden Folgen für die Gesamtwirtschaft nicht mehr übersehen. Offensichtlich tritt mit der Austeritätspolitik das Gegenteil der versprochenen nachhaltigen Sanierung öffentlicher Haushalte ein. Die Gesamtwirtschaft bricht ein, Steuereinnahmen fallen aus, Krisenkosten steigen und am Ende erfolgt die Flucht in die Neuverschuldung.

Irrtümer über die Rolle der Staatsverschuldung wurden bereits im Maastrichter Vertrag von 1992 eingepflanzt. Verlangt wurde von den Ländern, die Mitglied im Euroverbund werden wollten, dass sie folgende Konvergenzkriterien erfüllen: Die Neuverschuldung dürfe bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr als 3% und die Gesamtschulden am Bruttoinlandsprodukt nicht über 60% hinausgehen. Übrigens ist bei diesen beiden Konvergenzkriterien eine aus heutiger Sicht recht illusionäre wirtschaftliche Wachstumsrate mit 5% unterstellt worden. Damit sollte das neue Euroland vor Inflation und vom Staat getriebenen Kapitalmarktzinsen zu Lasten der Unternehmensinvestitionen geschützt werden. Die reale Entwicklung zeigt im Widerspruch zu den Behauptungen: Die in den letzten Jahren massiv angestiegene Staatsverschuldung hat weder Inflation ausgelöst noch die Kapitalmarktzinsen erhöht und damit private Investitionen nach dem Muster der behaupteten Crowding-out-These verdrängt. Die Inflationsraten sowie die Finanzmarktzinsen bewegen sich trotz der hohen Staatsschulden auf Niedrigstniveau.

Heute sind die gesamtwirtschaftlichen Schäden der Austeritätspolitik im Namen des Schuldenabbaus nicht mehr zu leugnen. Die Eurokrisenländer sind mit den „Rotstiftprogrammen“ in die dauerhafte Rezession gezwungen worden. Deutschland scheint nur auf den ersten Blick nicht vergleichbar zu sein. Jedoch, die gesamtwirtschaftlichen Belastungen durch das soeben erst begonnene Regime der Schuldenbremse sind noch nicht sichtbar. Noch profitiert Deutschland von den Zuwachsraten beim Wirtschaftswachstum, die nach dem Absturz 2009 maßgeblich durch zwei Konjunkturprogramme ausgelöst worden sind. Seit diesem Herbst zeichnet sich für dieses und das kommende Jahr Nullwachstum, das auch in eine Rezession umschlagen kann, ab. Um dann mit der Finanzpolitik gegenzusteuern, reicht der in der Schuldenbremse vorgesehene konjunkturelle Puffer bei weitem nicht aus. Der Bund ist gut beraten, statt um den frühesten Termin einer Nullverschuldung zu wetteifern, eine antizyklische Politik mit einem ökologisch fundierten Zukunftsprogramm vorzubereiten.

### ***Der Minusmultiplikator***

Das sich abzeichnende Scheitern der deutschen Schuldenbremse und des EU-Fiskalpakts hat einen entscheidenden Grund: Die gesamtwirtschaftliche Rolle und damit die Verantwortung des Staates in der Gesamtwirtschaft wird mit dessen Reduktion auf einen einzelwirtschaftlichen Akteur wegdefiniert. Zur Rechtfertigung muss der substanzlose Vergleich des Staates mit der dadurch auch noch diskriminierten „schwäbischen Hausfrau“ herhalten. Wenn in diesem Mikrohaushalt gespart wird, dann stellt sich nicht die Frage, welche Auswirkungen dieser Ausgabenverzicht auf die regionale bzw. gesamtwirtschaftliche Nachfrage hat. Reduzieren jedoch die Gebietskörperschaften ihre Ausgaben im Gleichschritt, dann wird den Unternehmen Nachfrage entzogen. Daran ändert sich auch nichts im globalisierten Kapitalismus. Im Gegenteil, wenn dies alle wichtigen Staaten tun, dann wird daraus eine Weltwirtschaftskrise.

Ernsthaft lässt sich die neoliberale Unterstellung, dass staatliche Schrumpfpolitik Unternehmen zu Investitionen animieren soll, nicht beweisen. Dafür spricht die Tatsache, dass in Deutschland die privaten Haushalte zur Geldvermögenserhöhung jährlich immense Summen sparen – über 186 Mrd. Euro in 2011. Die Unternehmen schöpfen jedoch diese Überschüsse an Geldvermögen durch die Finanzierung von Sachinvestitionen bei weitem nicht aus und kompensieren daher den Entzug von konsumtiven Ausgaben nicht. Abgesehen von der Auslandsverschuldung gerät der Staat in dieser gesamtwirtschaftlichen Konstellation in die „Lückenbüßerrolle“, die ihm durch die Einspar-Apologeten auch noch entrissen

werden soll. Die Folge ist die vielfach beschriebene Schuldenfalle: Die Reduzierung öffentlicher Ausgaben führt zu einem Verlust an gesamtwirtschaftlicher Produktion um ein Vielfaches.

### **Exkurs: Minusmultiplikator Griechenland**

Im Zuge mehrerer Einsparrunden zeigt sich der negative Multiplikator in Griechenland besonders stark. Die Austeritätsprogramme haben vor allem wegen der Belastungen der Binnenwirtschaft den Absturz der Ökonomie erzeugt. Das Bruttoinlandsprodukt ist 2010 um 4,9% und 2011 um 7,1% geschrumpft. Für dieses Jahr wird mit einem erneuten Produktionseinbruch von 7,9% gerechnet. Eine Modellrechnung zeigt, dass sich im kommenden Jahr der Absturz mit knapp 9% fortsetzen wird. Allein wegen der auf die bisherigen Streichmaßnahmen draufgesattelten Kürzung bei den Staatsausgaben um 9 Mrd. Euro – die Steuererhöhungen mit 2 Mrd. Euro nicht eingerechnet – wird die Gesamtproduktion um knapp 7% sinken. Dabei ist der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) angenommene Ausgabenmultiplikator für den Euro-Raum mit 1,4 eingesetzt worden. Der anhaltende Einbruch schlägt auf extrem hohe Raten der Arbeitslosigkeit durch. Folge dieser Schrumpfpolitik sind sinkende Steuer- und Beitragseinnahmen und der kontraproduktive Anstieg der Staatsverschuldung. Der auf das Bruttoinlandsprodukt bezogene Schuldenstand wird sich von 118,6% in 2010 in diesem Jahr auf über 126% erhöhen. Die mit diesen Auflagen für Finanzhilfen erzwungene Austeritätspolitik muss beendet werden. Die Führungsrolle bei der Sanierung öffentlicher Haushalte liegt bei der Stärkung der Wirtschaftskraft und der Stabilisierung der sozialen Verhältnisse. Die Brüning'sche Notverordnungspolitik ist durch einen Herkulesplan abzulösen.

Auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen muss die Rolle der Staatsverschuldung neu buchstabiert werden. Dabei kommt es darauf an, die öffentliche Kreditfinanzierung zielorientiert zu nutzen. Dazu gehört nicht nur der Einsatz für eine antizyklische Finanzpolitik. Mit dem Instrument der Staatsverschuldung lässt sich die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen mit positiven Wirkungen in der Zukunft auf künftige Generationen ausweiten („pay as you use“). Die These von der ausschließlichen Erblast durch Schuldenberge für künftige Generationen greift viel zu kurz. Wenn heute ökologisch nachhaltige Infrastrukturprojekte auf den Weg gebracht werden, dann profitieren davon künftige Generationen, die per Steuern die Zinslast finanzieren.

Die Zeit ist reif: Die Ideologie von der Entfesselung der Marktkräfte durch weniger Staat versagt. Der daraus abgeleitete Primitiv-Fiskalismus ist gescheitert. Erforderlich ist eine zukunftsfähige Politik für die Gesamtwirtschaft und Gesellschaft. Die Politisierung für eine verantwortungsvolle, aufgabengerechte Ausgabenpolitik ist die beste Chance, künftig staatliches Verschwendungsverhalten zu vermeiden. Dadurch wird ein streng kontrollierter, rationaler Einsatz der öffentlichen Kreditaufnahme im Dienste ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit erleichtert.